



Staatseinnahmen und Geldmenge

Die Einnahmen und die Verschuldung des Bundes vor
dem Hintergrund der monetären Entwicklungen in
Deutschland

Karlsruher Institut für Wirtschaftsforschung

Karlsruher Institut für
Wirtschaftsforschung – KIWIFO

Nowackanlage 2, D-76137 Karlsruhe

Tel.: +49(721)920303-0

Der Inhalt dieser Schrift darf beliebig in unveränderter Weise und unter Angabe der Quelle vervielfältigt und verbreitet werden.

Staatseinnahmen und Geldmenge

Die Einnahmen und die Verschuldung des Bundes vor dem Hintergrund der monetären Entwicklungen in Deutschland¹

Inhalt

1. Einführung	1
1.1. Staatseinnahmen und -ausgaben in der Kritik.....	1
1.2. Der Ruf nach Steuersenkungen	2
2. Das Maß aller Dinge: das Geld	3
3. Die Einnahmen des Bundes aus Steuern und Abgaben im Vergleich zur vorhandenen Geldmenge	4
3.1. Vorbemerkung.....	4
3.2. Die Geldmenge läuft den Einnahmen des Bundes davon	4
4. Analyse dieses Sachverhalts.....	6
4.1. Die Geldmenge – eine unbekannte Größe.....	6
4.2. Die Geldmenge als Maßstab der Bundeseinnahmen.....	7
4.3. Ein Widerspruch zur hohen Staatsquote?	7
5. Die Verschuldung des Bundes.....	9
5.1. Die Verschuldung des Bundes im Vergleich zur Geldmenge M1	9
5.2. Die Neuverschuldung des Bundes im Vergleich zur Geldmenge M1	10
5.3. Schuldenabbau durch höhere Steuern – eine Gefahr für die Volkswirtschaft?.....	10
6. Zusammenfassung	11

1. Einführung

1.1. Staatseinnahmen und -ausgaben in der Kritik

Seit Jahrzehnten gehört in Deutschland die Kritik an einer zu hohen "Staatsquote"² zur politischen Landschaft: Der Staat zweige zu viel von der deutschen Leistungskraft für seine Zwecke ab und belaste den Bürger zu sehr mit Steuern und Abgaben. Ein Blick ins Internet³ zeigt, dass die kritischen Stimmen zu diesem Thema nicht abreißen.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamts über die Staatsquote scheinen diese Kritik zu bestätigen – jedenfalls nach den Zahlen von vor 1975:

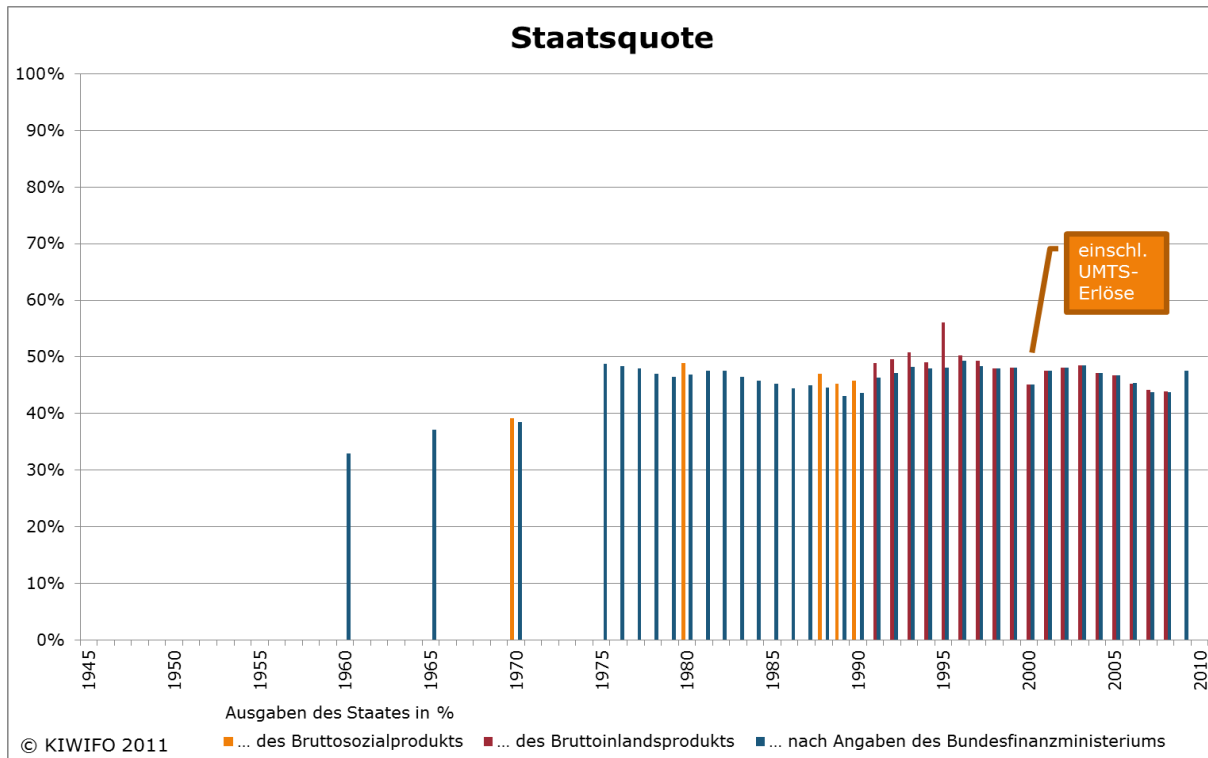


Abbildung 1

Bei näherer Betrachtung bemerkt man Folgendes: Während das Statistische Bundesamt die Staatsquote bis 1990 als Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttosozialprodukt berechnete, berechnet es sie seither als Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt. Damit zeigen sich zwei argumentative Schwachpunkte in der Kritik der zu hohen Staatsquote. Zum einen erscheint durch den Wechsel des Vergleichsmaßstabs vom Bruttosozialprodukt zum Bruttoinlandsprodukt die Staatsquote heute höher als früher, da das Bruttoinlandsprodukt nur ein Teilbetrag des Bruttosozialprodukts ist. Zum anderen kann von der Staatsquote nicht auf die Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben geschlossen werden, denn die Ausgaben des Staates sind damit nicht identisch. Seit Jahrzehnten finanziert der Staat einen Großteil seiner Ausgaben durch immer höhere Kredite. Das bedeutete – gerade für wohlhabendere Bürger – Steuererleichterungen und Zinserträge. Mehr noch: Die Kritiker müssten gerade den hohen Ausgaben des Staates eigentlich etwas Positives abgewinnen. Denn diese Ausgaben entsprechen in aller Regel den Leistungen, die der Staat für die Bürger erbringt. Das Verhältnis von Steuern und Abgaben (also Staatseinnahmen) zum Sozialprodukt wird jedenfalls durch die Staatsquote nicht ausgedrückt.

1.2. Der Ruf nach Steuersenkungen

Trotz dieser Schwachstellen zeigte die Kritik an der zu hohen Staatsquote bei Regierung⁴ und Gesetzgeber Wirkung, denn diese lassen sich seit Jahrzehnten immer weiter zu Steuersenkungen und zu immer höherer Staatsverschuldung treiben. Zwar sind nominell gesehen die Einnahmen des Staates durch Steuern und Abgaben weiter gewachsen. Wir werden aber im Folgenden sehen, dass der Staat

(zumindest der Bund, auf den wir uns im Folgenden konzentrieren wollen) sich trotzdem immer ärmer gemacht hat.

2. Das Maß aller Dinge: das Geld

Das Geld ist *der* entscheidende Maßstab für die Kaufkraft. Denn die Kaufkraft eines Bürgers oder die des Staates ist identisch mit der Menge des Geldes, die ihm gehört. Dabei darf freilich die Kaufkraft einer Person bzw. des Staates nicht mit der Kaufkraft des Geldes selbst, also mit der Frage, wie viel etwas kostet, verwechselt werden. Um die Kaufkraft des Geldes geht es in dieser Studie indes nicht. Hier geht es um die Kaufkraft des Staates.

Dabei sind zweierlei Betrachtungsweisen möglich. Die eine ist, die Menge des Geldes zusammenzurechnen, die der Staat beispielsweise innerhalb eines Jahres einnimmt. Um diesen Betrag mit der Kaufkraft des gesamten Gemeinwesens zu vergleichen, kann man ihn (nur) ins Verhältnis zum Volkseinkommen oder zum Sozial- oder Inlandsprodukt setzen. Der Ökonom würde von dem Vergleich zweier Flussgrößen sprechen. Diese Betrachtungsweise ist die übliche, und wir haben sie eingangs auch schon in der Form der Staatsquote kennengelernt.

Die andere Betrachtungsweise ist, zu einem bestimmten Zeitpunkt die Geldmenge im Besitz des Staates mit der gesamten Geldmenge in Deutschland zu vergleichen. Der Ökonom spricht hier von einem Vergleich zweier Bestandgrößen. Dabei ist klar, dass diese Geldmenge – entsprechend der aktuellen Einnahmen und Ausgaben – ständig schwankt. Es ist aber auch klar, dass man für einen bestimmten Zeitabschnitt einen Durchschnittswert berechnen kann.⁵ Auch die Geldmenge in der Volkswirtschaft insgesamt schwankt, jedoch nicht so stark wie bei dem einzelnen Wirtschaftssubjekt. Denn die Ausgabe eines Wirtschaftssubjekts ist (in der Regel) gleich der Einnahme eines anderen Wirtschaftssubjekts, sodass sich in der Summe nichts verändert.

Völlig unbedarft könnte man nun meinen, dass beide Betrachtungsweisen zu demselben Ergebnis führen müssten. Wir werden aber gleich sehen, dass dies nicht der Fall ist.

Seltsamerweise interessieren sich unsere Politiker – auch jene, die über den Staatshaushalt und über unsere Steuern entscheiden – überhaupt nicht für die im Land existierende Geldmenge und folglich auch nicht dafür, wie groß der Anteil der dem Staat zur Verfügung stehenden Geldmenge im Vergleich zu der insgesamt in Deutschland vorhandenen Geldmenge ist. Das mag (auch) an dem mageren statistischen Material zu dieser Frage liegen – was der Gesetzgeber aber jederzeit korrigieren könnte. Das liegt aber vor allem am fehlenden Problembewusstsein.

3. Die Einnahmen des Bundes aus Steuern und Abgaben im Vergleich zur vorhandenen Geldmenge

3.1. Vorbemerkung

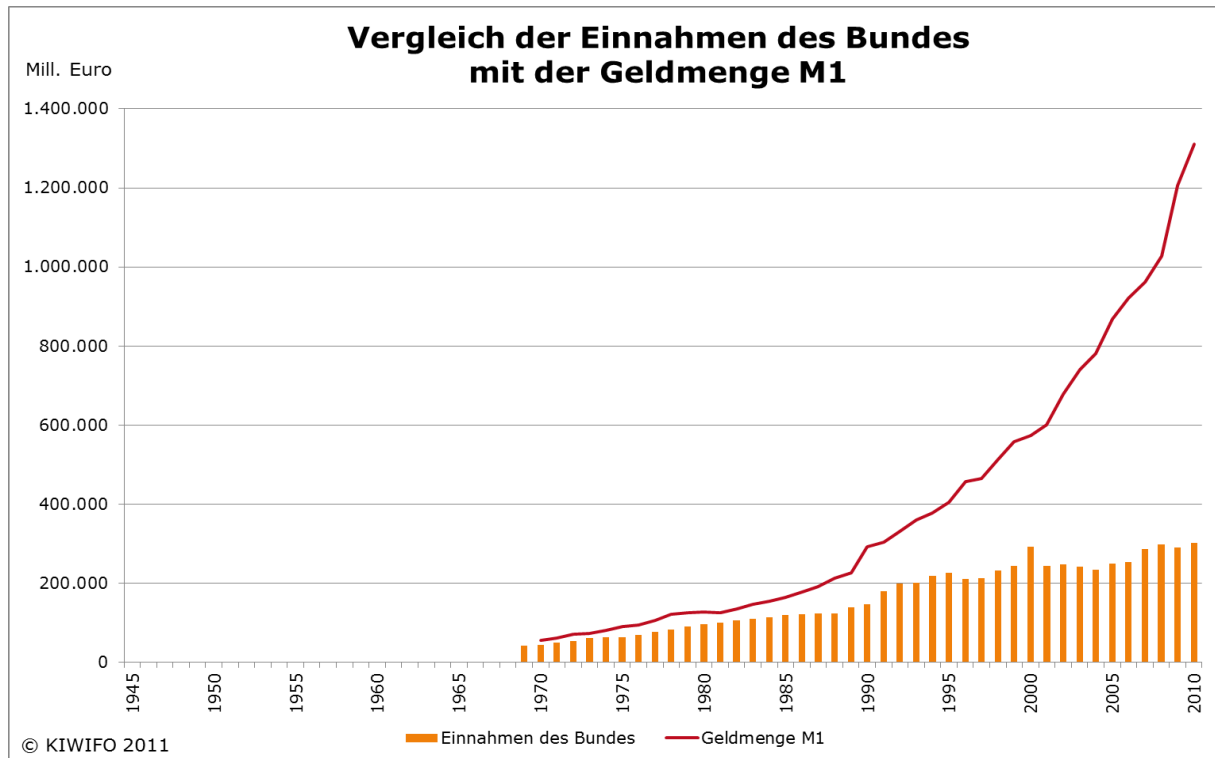
Leider ist kein statistisches Material verfügbar, das uns einen Vergleich der Geldmengen in der Hand des Bundes mit der Gesamtgeldmenge in Deutschland über einen längeren Zeitraum ermöglichen würde. Zwar erhalten wir von der Deutschen Bundesbank die Daten über die (verschiedenen) Geldmengen in Deutschland, und zwar schon ab den 1960er Jahren und sogar monatlich. Über die Geldmengen des Bundes gibt es diese Daten erst seit wenigen Jahren und dies auch immer nur zum Jahresende. Ein Vergleich mit früheren Jahrzehnten, insbesondere mit der Zeit des "Wirtschaftswunders", ist daher so nicht möglich.

Dennoch ist ein Vergleich der Kaufkraft des Bundes mit der Gesamtgeldmenge in Deutschland möglich, indem wir nämlich seine Einnahmen aus Steuern und Abgaben mit der Geldmenge M1⁶ vergleichen.

Bei einem solchen Vergleich muss allerdings beachtet werden, dass Einnahmen (bzw. Ausgaben) und Geldmengen – wie wir oben schon gesehen haben – keine gleichartigen monetären Größen sind und wir uns daher der Unterschiede, aber auch der Zusammenhänge zwischen beiden bewusst sein müssen. Einnahmen und Ausgaben sind, wie gesagt, ökonomische Strom- oder Flussgrößen, die die Summe aller Einnahmen bzw. Ausgaben innerhalb eines bestimmten Zeitraums (z.B. ein Jahr) angeben. Demgegenüber ist die Geldmenge eine Bestandsgröße, die den Bestand des Geldes zu einem bestimmten Zeitpunkt angibt. Der Zusammenhang zwischen Geldmenge und einer Flussgröße zeigt sich beispielsweise an folgende Aussage: Die Geldmenge M1 wird innerhalb eines Jahres X-mal umgeschlagen, um am Jahresende das Bruttoinlandsprodukt (Flussgröße) zu ergeben.

3.2. Die Geldmenge läuft den Einnahmen des Bundes davon

In dem folgenden Diagramm mit einem Vergleich der Einnahmen des Bundes mit der Geldmenge M1 ist diese daher als Linie dargestellt, während die Einnahmen als Balken gezeichnet sind. Dies soll daran erinnern, dass die jeweils angezeigte Geldmenge in Deutschland permanent vorhanden ist, während die Einnahmen innerhalb des jeweiligen Jahres bis zu dem angegebenen Betrag anwachsen und am Anfang des nächsten Jahres wieder bei null beginnen.

**Abbildung 2**

Leider sind keine älteren Daten aus den 1950er und 1960er Jahren verfügbar. Aber wir sehen deutlich, dass um 1970 herum die Einnahmen des Bundes betragsmäßig etwa der existierenden Geldmenge M1 entsprachen und dass sich danach – erst langsam, dann immer stärker – zwischen beiden Werten eine klaffende Lücke aufgetan hat. Wir sehen weiter, dass dies an der immer stärker wachsenden Geldmenge liegt.

Noch einmal zu dem Unterschied zwischen Bestands- und Flussgröße: Die Geldmenge M1 ist trotz aller Zahlungen zwischen den Wirtschaftsteilnehmern ständig vorhanden ("Das Geld, das du ausgegeben hast, ist nicht verschwunden. Es hat nur ein anderer.") Demgegenüber handelt es sich bei den hier dargestellten Einnahmen des Bundes um die Summen, die zum jeweiligen Jahresende aus sämtlichen Steuern und Abgaben aufgelaufen sind (Geldeingänge aus Kreditaufnahmen sind hier nicht enthalten). Der jeweilige Geldbesitz des Bundes ist nur ein Bruchteil der Einnahmen eines Jahres, da der Bund auch ständig Ausgaben tätigt und dies bekanntlich in größerem Umfang, als er Geld einnimmt. Hieraus dürfen wir getrost schließen, dass er keine Geldbeträge anspart.

Wir dürfen aber auch – ohne erhebliche und statistisch signifikante Fehler zu riskieren – unterstellen, dass das Verhältnis der Jahreseinnahmen des Bundes zu seinem durchschnittlichen Geldbesitz während des Jahres über die Jahrzehnte hinweg einigermaßen gleich geblieben ist. Dies gilt jedenfalls für alle Zeiträume, in denen der Bund sich ständig weiter verschuldet und er daher keine Geldbeträge angespart hat.

4. Analyse dieses Sachverhalts

Es stellt sich die Frage, wieso es zu dieser Lücke gekommen ist und warum bei alledem die Kritik der "zu hohen Staatsquote" dennoch derart populär ist.

4.1. Die Geldmenge – eine unbekannte Größe

Die in Deutschland existierende Geldmenge ist in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Auch Politiker haben davon keine Vorstellung. Erst recht ist das – gerade in den letzten Jahren enorme – Wachstum der Geldmenge völlig unbekannt. In Abbildung 2 überrascht daher das starke, beinahe exponentielle Anwachsen der Geldmenge M1. Dies entspricht auch überhaupt nicht der üblichen persönlichen Erfahrung etwa derart, dass bei einem selbst die Geldmenge – natürlich aufgrund wachsenden Einkommens – in dieser Weise angestiegen wäre. Das Geldmengewachstum entspricht auch nicht den Preissteigerungsraten der vergangenen Jahrzehnte. Tatsache ist aber, dass die Geldmenge gerade in den letzten drei Jahrzehnten derart überproportional gewachsen ist. Dabei ergeben sich auch keine gravierenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Geldmengenaggregaten M1, M2 und M3⁶.

Warum aber ist das Interesse für die vorhandene Geldmenge so gering? Im Alltag ist sich doch auch jeder fast immer darüber bewusst, über wie viel Geld er gerade (noch) verfügt. Und so wäre es doch auch interessant zu wissen, ob die bei einem selbst momentan vorhandene Geldmenge eher durchschnittlich, über- oder unterdurchschnittlich ist. Unsere Gesellschaft glaubt an das Dogma der Gleichheit der Menschen und der gleichen Menschenrechte, weshalb es hier doch nicht schwer fallen dürfte zu glauben, dass die Menschen in der Regel auch die gleiche Geldmenge, d.h. Kaufkraft, besitzen sollten.⁷ Das soll nicht heißen, dass es dabei nicht auch Unterschiede geben darf, die etwa der individuellen Leistungsbereitschaft Rechnung tragen. Wenigstens die Mittelschicht sollte eine mittlere Geldmenge besitzen.⁸

Diesem Gedanken entsprechend sollten auch Politiker ein Bewusstsein dafür haben, wie viel Geld der Bund, ein Bundesland oder eine Kommune im Vergleich zur insgesamt vorhandenen Geldmenge besitzt. Tatsächlich aber fehlt den Politikern dieses Bewusstsein, sodass es auch nicht wundert, dass die Einnahmen des Bundes gegenüber der Geldmengenentwicklung, d.h. gegenüber der allgemeinen Kaufkraftentwicklung in Deutschland, (völlig unbemerkt) ins Hintertreffen geraten sind. Das folgende Diagramm soll dies noch einmal verdeutlichen:

4.2. Die Geldmenge als Maßstab der Bundeseinnahmen

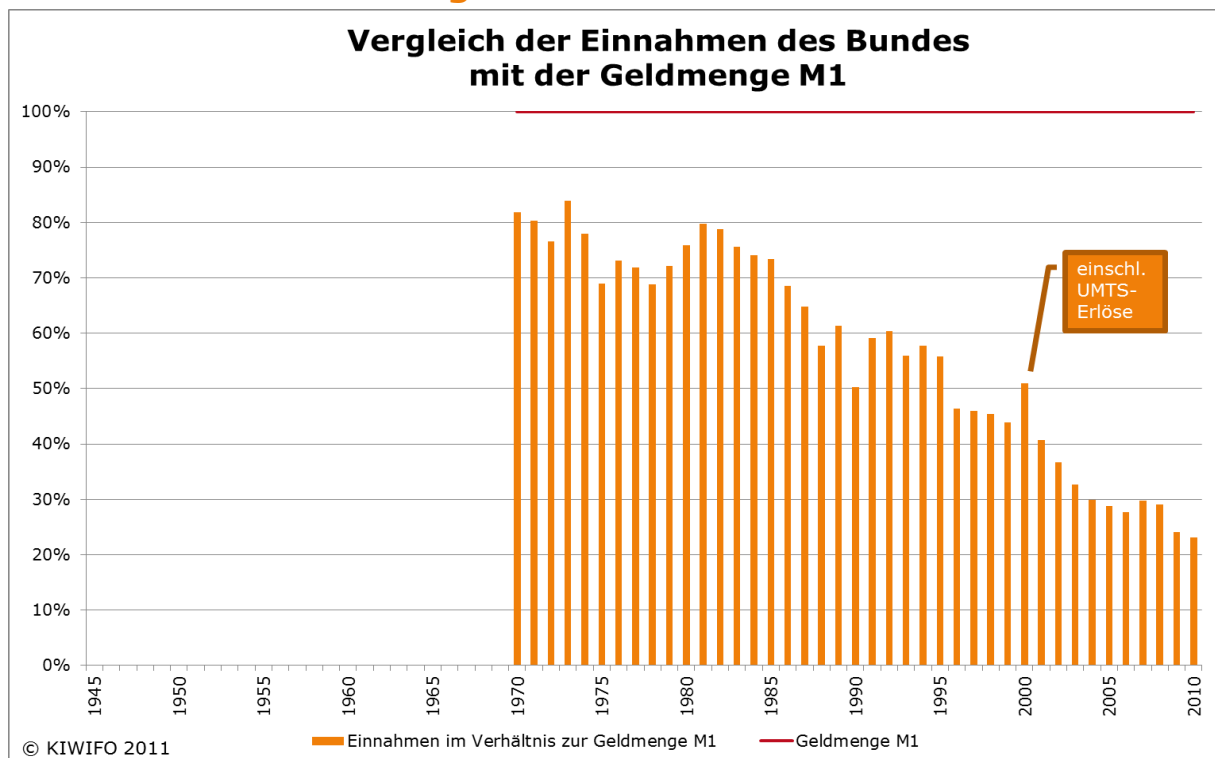


Abbildung 3

In Abbildung 3 ist die (am Ende eines Jahres) vorhandene Geldmenge M1 "das Maß aller Dinge" und daher als 100-%-Linie dargestellt. Die Einnahmen des Bundes (als Säulen gezeichnet) ergeben einen prozentualen Wert im Vergleich zur jeweiligen Geldmenge M1. Die Abbildung zeigt noch einmal eindrücklich, wie stark die Einnahmen des Bundes – eben im Vergleich zur allgemeinen Kaufkraftentwicklung – im Laufe der Jahrzehnte gesunken sind.

4.3. Ein Widerspruch zur hohen Staatsquote?

Diese Feststellungen scheinen den Daten über die Staatsquote zu widersprechen und verleiten zu der Annahme, dass in der einen oder anderen Berechnung Fehler enthalten seien. Das ist indes nicht der Fall. Der scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man weiß, dass die vorhandene Geldmenge in den vergangenen Jahrzehnten – jedenfalls bezogen auf den Wirtschaftsbereich, der Gegenstand der Erhebungen des Bruttosozialprodukts bzw. Bruttoinlandsprodukts ist – immer langsamer umgeschlagen wird, d.h. immer langsamer fließt. So ergibt sich seit 1981 ein dramatischer Verfall der Geldumlaufgeschwindigkeit (= Geldumschlagshäufigkeit), wie das folgende Diagramm zeigt:

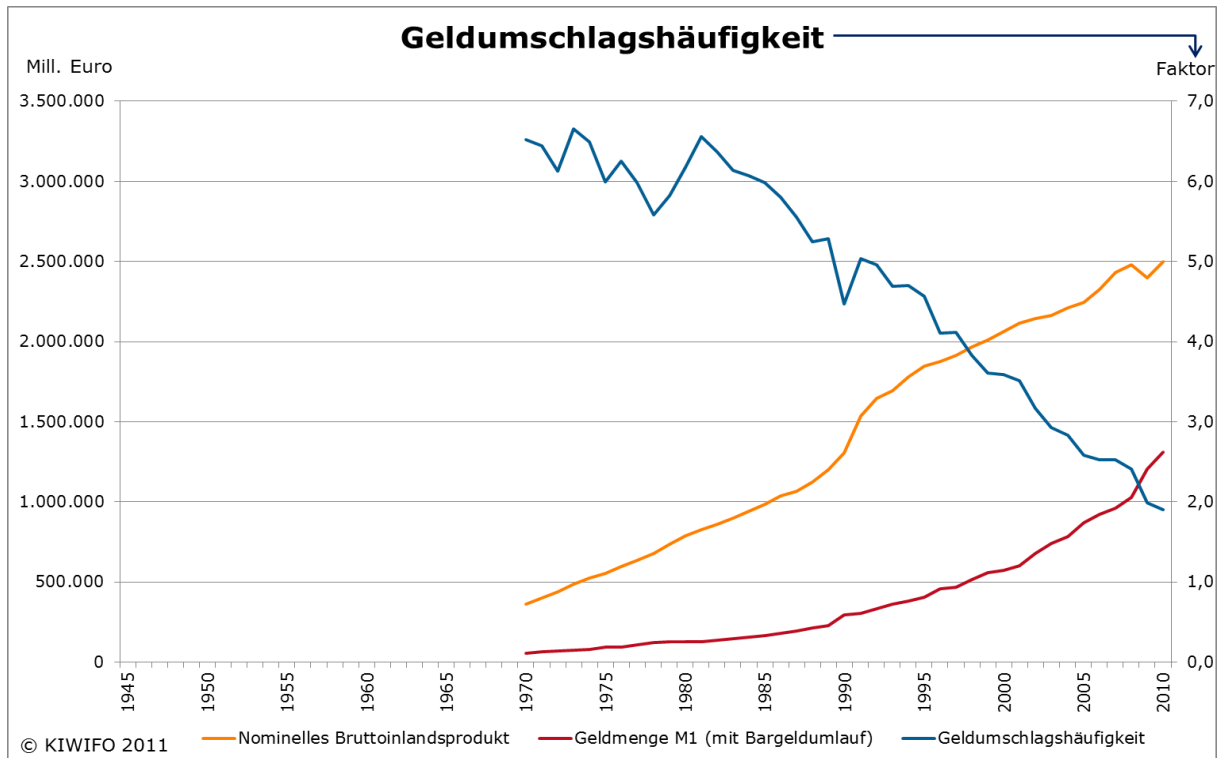


Abbildung 4

Das bedeutet mit anderen Worten, dass – wie schon die Einnahmen des Bundes – auch das Bruttoinlandsprodukt dem Geldmengenwachstum völlig abgeschlagen hinterherhinkt. Hätte das Geld in dem Wirtschaftsbereich des Bruttoinlandsprodukts heute noch dieselbe Geschwindigkeit wie in den 1970er Jahren, so wäre das Bruttoinlandsprodukt heute rund dreimal so hoch wie tatsächlich. Daraus ergäbe sich aber auch eine Staatsquote, die nur ein Drittel dessen betrüge, wie wir sie heute tatsächlich feststellen.

Es liegen also nicht falsche Zahlen oder Berechnungen vor. Vielmehr muss realisiert werden, dass heute die vorhandene Geldmenge M1 in der Volkswirtschaft – jedenfalls in dem Bereich des Bruttoinlandsprodukts (= Realwirtschaft) – mit einem Faktor von unter 2,0 völlig an Fahrt verloren hat. Dies liegt indes nicht an dem Zahlungsverhalten der breiten Bevölkerung oder der zahlreichen öffentlichen Haushalte. Denn dort wird das Geld seit Jahrzehnten unverändert schnell ausgegeben (manchmal sogar schneller, als es angenommen wird). Der Grund liegt vielmehr darin, dass sich immer größere Geldbeträge bei wenigen Bürgern (oder in deren Unternehmen) angesammelt haben und große Teile davon in der Realwirtschaft nicht mehr verwendet werden. Dieser Effekt der Anhäufung von Geld in einer Höhe, die eine zeitnahe Verwendung eines Teils des Geldes rein tatsächlich unmöglich (jedenfalls unwirtschaftlich) macht, wird "Meudaleffekt" genannt. Möglicherweise werden diese Gelder am Finanzmarkt bewegt. Diese Bewegungen zählen aber weder zum Bruttoinlandsprodukt – aus dem bekanntlich auch die Staatsquote errechnet wird –, noch erzielt der Staat daraus Einnahmen.

5. Die Verschuldung des Bundes

Wir haben nun gesehen, dass der Bund vor dem Hintergrund der entsprechend dem Geldmengenwachstum gestiegenen Kaufkraft in der deutschen Volkswirtschaft in der Vergangenheit und Gegenwart durchaus höhere Einnahmen aus Steuern und Abgaben hätte erzielen können. Damit wird die Frage interessant, ob und inwieweit der Bund durch diese möglichen höheren Einnahmen die Verschuldung hätte vermeiden bzw. die Verschuldung aus einem Vorjahr wieder hätte zurückführen können.

5.1. Die Verschuldung des Bundes im Vergleich zur Geldmenge M1

Das folgende Diagramm (Abbildung 5) zeigt das Diagramm aus Abbildung 2, jedoch zusätzlich mit der Verschuldung des Bundes beim nicht-öffentlichen Bereich:

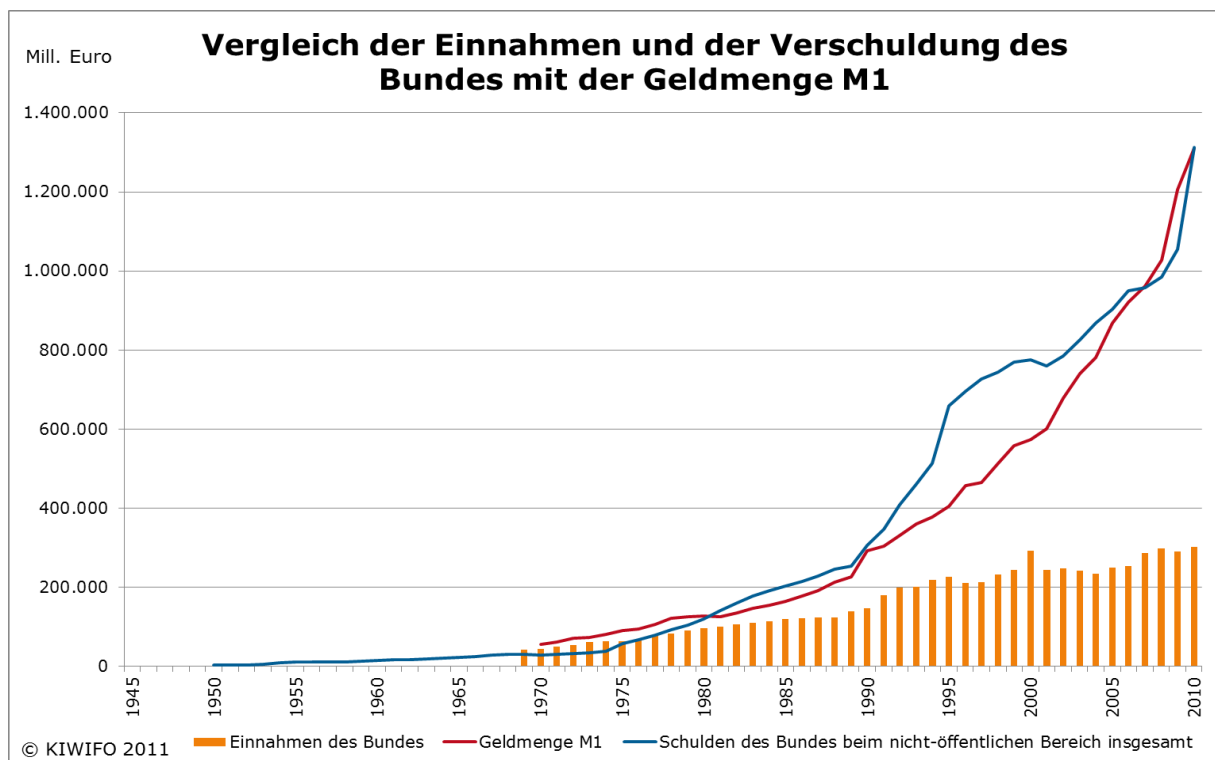


Abbildung 5

Für die Beantwortung unserer Frage ist Abbildung 5 wenig aussagekräftig. Interessant hieran ist aber der ähnliche Verlauf der Verschuldung mit dem Geldmengenwachstum von M1. Dies nicht so sehr wegen der zeitweilig ähnlich hohen Beträge, sondern eher wegen des jeweils exponentiell anmutenden Verlaufs. Der ähnliche Verlauf beider Kurven ist kein Zufall. Denn es besteht eine unmittelbare Abhängigkeit voneinander, weil der weit überwiegende Teil des neu geschaffenen Geldes in unserem Geldsystem durch die Neuverschuldung bei den Kreditinstituten entsteht. In der Sekunde, in der ein Kreditinstitut einen Kredit gewährt und den Kreditbetrag einerseits im Darlehenskonto (als Schuld des Darlehensnehmers) und andererseits im Girokonto (als Guthaben des Darlehensnehmers) verbucht, wächst die Geldmenge M1 – gleichzeitig wachsen auch die Geldmengen M2 und M3. Da der

Bund nicht der einzige Kreditnehmer in Deutschland ist, ist es – wie gesagt – Zufall, dass die Schulden des Bundes und die Geldmenge M1 häufig ähnlich hoch liegen.

5.2. Die Neuverschuldung des Bundes im Vergleich zur Geldmenge M1

Wenn wir aber von Jahr zu Jahr nur den Betrag der Neuverschuldung des Bundes herausnehmen und zu den Einnahmen aus Steuern und Abgaben addieren, so erhalten wir das folgende Bild:

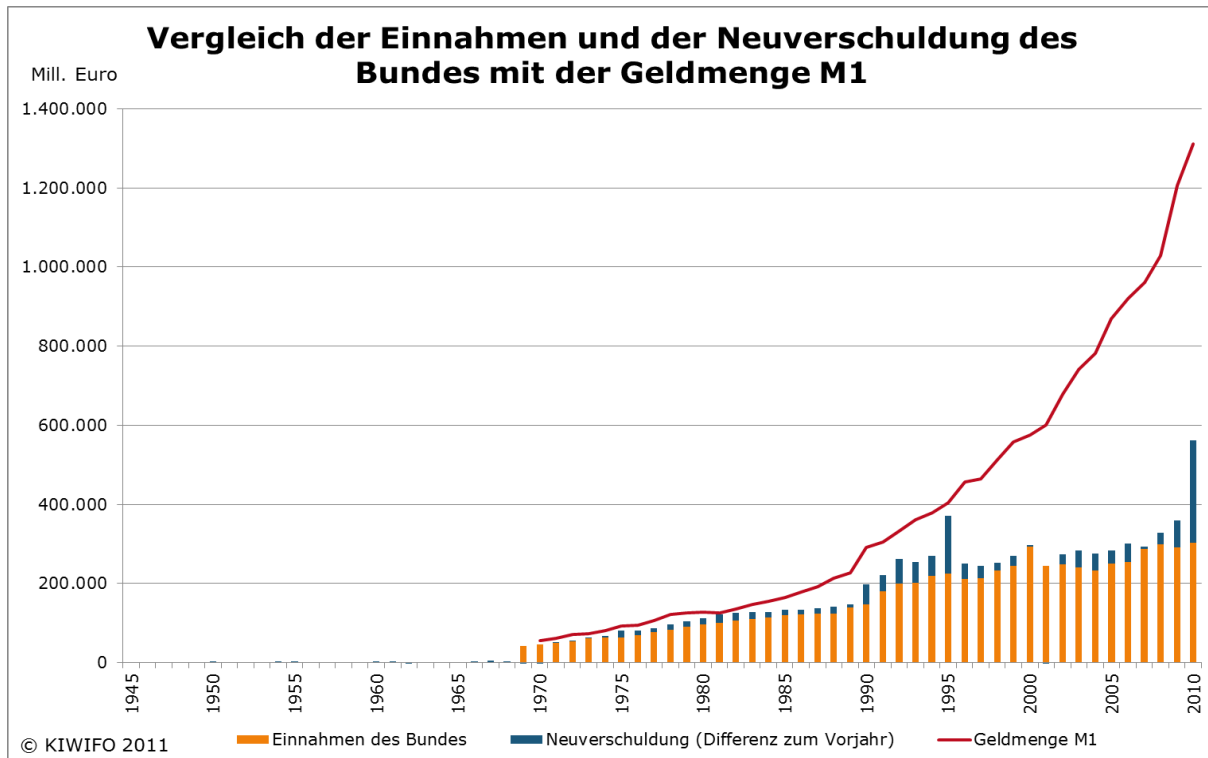


Abbildung 6

Das Diagramm in Abbildung 6 zeigt eindrucksvoll, dass der Bund jegliche Neuverschuldung von Jahr zu Jahr und damit die heutige Gesamtverschuldung verhindert hätte, wenn er Einnahmen aus Steuern und Abgaben in einem ähnlichen Verhältnis zur Geldmenge M1 wie um 1970 herum erzielt hätte. Freilich wäre dann – mangels Neuverschuldung – auch die Geldmenge (M1, M2 wie auch M3) nicht ganz so stark gewachsen.

5.3. Schuldenabbau durch höhere Steuern – eine Gefahr für die Volkswirtschaft?

Es stellt sich die Frage, ob man heute – entgegen den Postulaten der Vergangenheit – mittels Steuererhöhungen den Schuldenabbau betreiben könnte, ohne dadurch die Konjunktur zu gefährden. Die meisten Ökonomen würde diese Frage sicherlich heute verneinen, was aber schlicht daran liegt, dass sie sich mit den hier aufgeworfenen Fragen und dargestellten Zusammenhängen bislang überhaupt nicht befasst haben.

Die Steuererhöhungen dürften freilich nicht die breite Schar der Wirtschaftsteilnehmer treffen, die mit den von ihnen erzielten Einnahmen und Ausgaben ohnehin bereits für eine hohe (partielle) Geldumlaufgeschwindigkeit sorgen. Die Steuererhöhungen müssten vielmehr diejenigen Bürger (und deren Unternehmen) treffen, bei denen sich das Geld in einem Ausmaß anhäuft, dass es in der Realwirtschaft praktisch nicht mehr zur Verwendung kommt. Dies würde einerseits der Konjunktur nicht schaden können, weil das Geld in der Realwirtschaft ohnehin nicht zum Einsatz kommt. Dies würde es andererseits dem Bund in Kürze erlauben, seinen angehäuften Schuldenberg abzubauen. Eine andere Lösung des Schuldenproblems ist unter logischen Aspekten nicht denkbar.

6. Zusammenfassung

Die seit Jahrzehnten übliche Staatsquote ist kein geeigneter Maßstab für die Beurteilung der Frage, in welchem Verhältnis die Höhe der Einnahmen des Bundes bzw. des Staates durch Steuern und Abgaben zur Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft steht. Der Vergleich mit der seit Jahrzehnten gestiegenen Kaufkraft in Deutschland, wie sie unzweifelhaft von der Deutschen Bundesbank durch die Geldmenge (M1, M2 bzw. M3) dokumentiert wird, zeigt, dass deutlich höhere Einnahmen erzielbar waren und sind und dass sogar die Staatsverschuldung gänzlich vermeidbar war und ist.










Der Grund dafür, dass der politische Wille dem deutschen Staat dennoch diese enorme Staatsverschuldung beschert hat, ist auf das mangelnde Wissen der Politiker auf dem Gebiet des Geldwesens, insbesondere bezüglich der vorhandenen Geldmengen, des Geldmengenwachstums und der Verlangsamung des Geldumlaufs (Meudaleffekt), zurückzuführen.

Staatsverschuldung ist kein Schicksal! Sie ist vielmehr betrübliches Ergebnis eines verkürzten Verständnisses von der realen Geldwirtschaft in einem modernen Staat.

Anhang

(Weitere Illustrationen und Aspekte zum Thema Staatsverschuldung aus anderen Quellen.)

1.

									
Linear Interpoliert	1950-1963	1963-1966	1966-1969	1969-1974	1974-1982	1982-1998	1998-2005	2005-2010	Bund 1950-2010
Schulden Anfang	3 627	20 023	24 897	31 125	39 444	160 394	745 285	903 282	3 627
Schulden Ende	20 023	24 897	31 125	39 444	160 394	745 285	903 282	1 287 460	1 287 460
BIP Anfang	49.69	195.50	249.63	305.22	526.02	860.21	1 959.70	2 224.40	49.69
BIP Ende	195.50	249.63	305.22	526.02	860.21	1 959.70	2 224.40	2 476.80	2 476.80
stetige S-Rate	13.14%	7.26%	7.44%	4.74%	17.53%	9.60%	2.75%	7.09%	9.79%
stetige W-Rate	10.54%	8.15%	6.70%	10.89%	6.15%	5.15%	1.81%	2.15%	6.51%
Musgrave	-2.61%	0.88%	-0.74%	6.15%	-11.39%	-4.45%	-0.94%	-4.49%	-3.27%

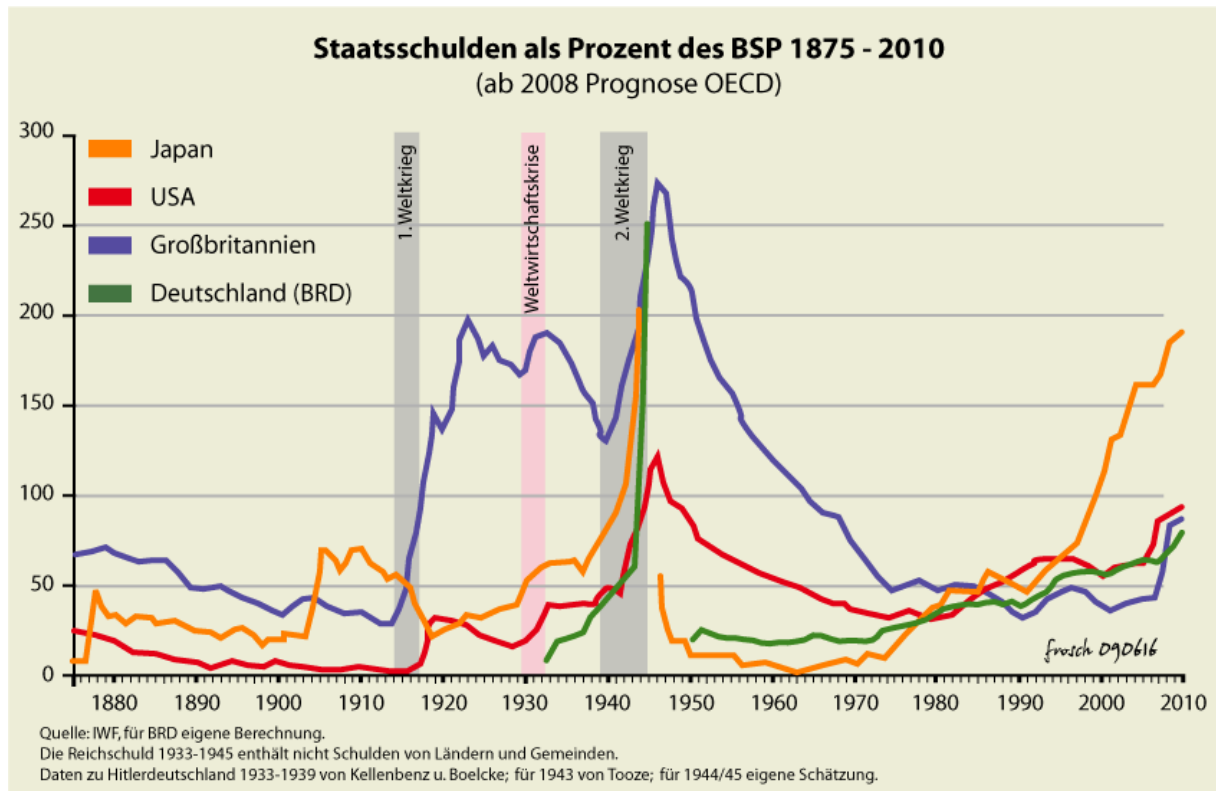
Anmerkung: Die Schulden wurden von 1950-1959 für den 31.3. angegeben und hier von 1950-1959 linear interpoliert umgerechnet auf den 31.12.



Quelle:

[https://www.sgipr.org/politpsy/finanz/stavers0.htm#Ausf%C3%BChrlich:%20Staatsverschuldung%201950-2005.](https://www.sgipr.org/politpsy/finanz/stavers0.htm#Ausf%C3%BChrlich:%20Staatsverschuldung%201950-2005)

2.



Quelle: <https://marx-forum.de/geschichte/welt/staatsschulden.html>

3.



Quelle: <https://www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/>

4.



The screenshot shows the Ifo Institut website. At the top, there is a navigation menu with links for 'Themen', 'Forschung', 'Publikationen', 'Über uns', and 'Newsroom'. A search bar is located on the right. The main content area features the title 'Staatsverschuldung' and a paragraph of text. To the right of the text is an image of various Euro banknotes and a small globe.

ifo Institut > Themen > Staatsverschuldung

Staatsverschuldung

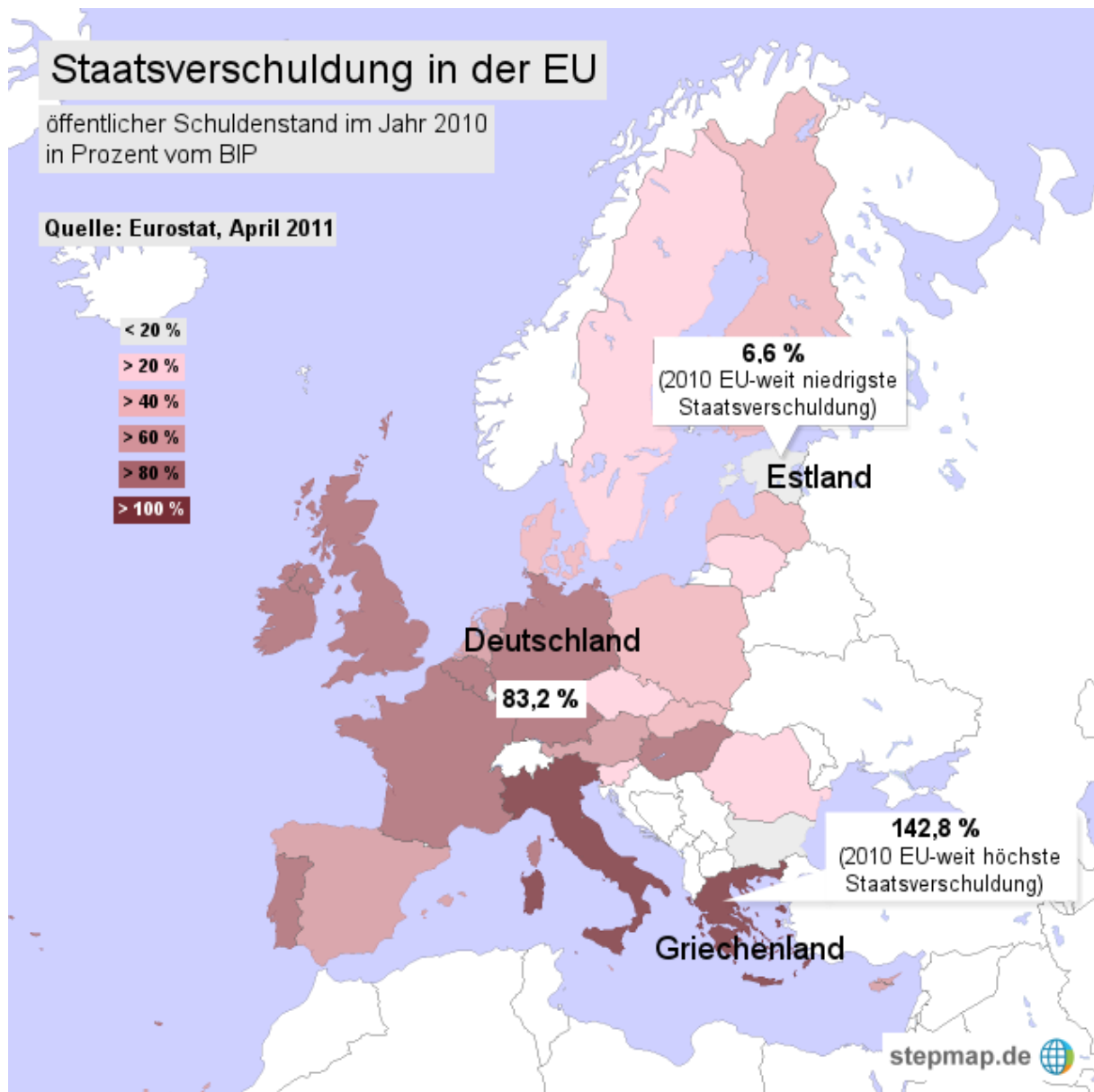
Infolge der globalen Finanzkrise ist der Schuldenstand in den europäischen Volkswirtschaften deutlich angestiegen: In den EU-27 stiegen die Schulden zwischen 2008 und 2010 von 65,0 auf 80,5 Prozent des BIP und bis 2014 weiter auf 86,6 Prozent. Im Rahmen dieser zunehmenden Staatsverschuldung sind einige kleinere und stark verschuldete Länder Europas zunehmend in Bedrängnis geraten. In Frankreich blieb die Staatsverschuldung seither beispielsweise konstant bei über 95 Prozent, in Italien bei über 130 Prozent, und in Griechenland gar bei mehr als 180 Prozent des BIP.

Quelle: <https://www.ifo.de/themen/staatsverschuldung>

„Staatsschulden sind jedoch nicht per se schlecht. Tatsächlich sind Staatsschulden ein wichtiges Instrument der Finanzpolitik und sie zu erhöhen, ist in der Krise richtig. Durch den gezielten Einsatz von Staatsschulden können Wirtschaft und die Einkommen gestützt und ein größerer wirtschaftlicher Einbruch vermieden werden.

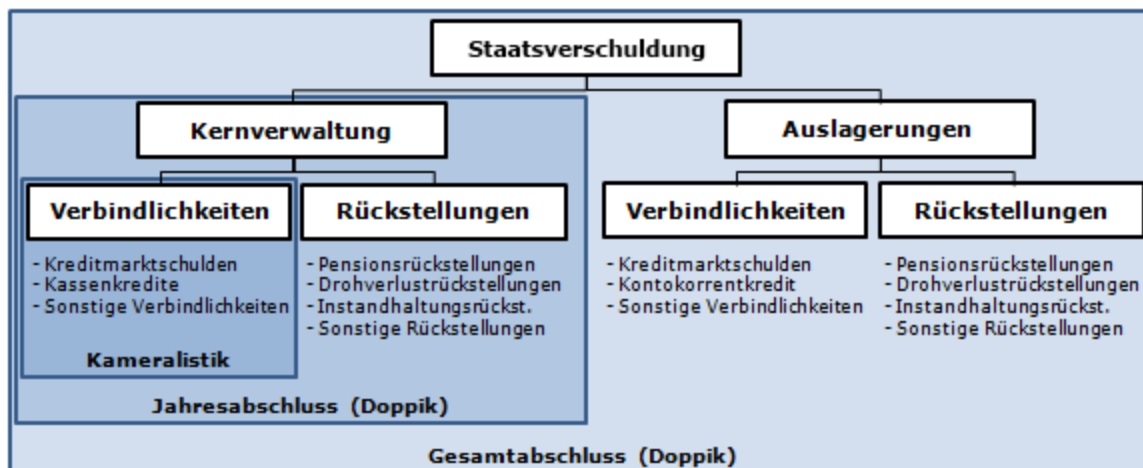
Gleichzeitig ist es wichtig, nach der Krise rechtzeitig wieder umzusteuern. Derzeit erlauben es niedrige, teils sogar negative Zinsen, mit hohen Staatsschulden zu leben, ohne dass die öffentlichen Haushalte durch Zinszahlungen überlastet werden. Hinzu kommt, dass viele Investoren in der Krise sichere Anlagemöglichkeiten suchen, zu denen Staatsanleihen zumindest der finanziell stabileren Länder in Europa gehören. Die niedrigen Zinsen bleiben jedoch nur bestehen, solange die Gläubiger das Vertrauen haben, ihr Geld sicher zurückzuerhalten.“

5.



Quelle: <https://www.stepmap.de/karte/staatsverschuldung-in-der-eu-LIzkfvfpY>

6.



Quelle: <https://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-staatsverschuldung.html>

„Der Begriff der Staatsverschuldung ist definiert als der Gesamtbetrag der Verschuldung der öffentlichen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) sowie deren Auslagerungen. Häufig werden auch Parafisken, wie die Sozialversicherungsträger, einbezogen. Die Höhe der Staatsverschuldung hängt insbesondere vom Umfang der berücksichtigten Schuldenarten und sowie der Abgrenzung der einbezogenen Auslagerungen ab.

Die Integration von Auslagerungen in die Definition der Staatsverschuldung ist insbesondere deshalb bedeutsam, da die öffentlichen Gebietskörperschaften ihre Aufgaben nicht mehr ausschließlich im Kernhaushalt wahrnehmen. Vielmehr haben Bund, Länder und Kommunen Teile ihrer öffentlichen Leistungserstellung auf öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) verlagert. Gründe für die Etablierung solcher Auslagerungen können z.B. in Effizienzgesichtspunkten oder auch im "Verstecken" von Schuldenpositionen liegen. Da in Auslagerungen verortete Schulden nicht im Kernhaushalt der Gebietskörperschaften ausgewiesen werden, entziehen sie sich dem unmittelbaren Blick des Beobachters. Um ein vollständiges Bild der öffentlichen Verschuldung zu zeichnen ist es folglich wichtig, die Schulden möglichst aller Auslagerungen (konsolidiert) einzubeziehen.“

7.



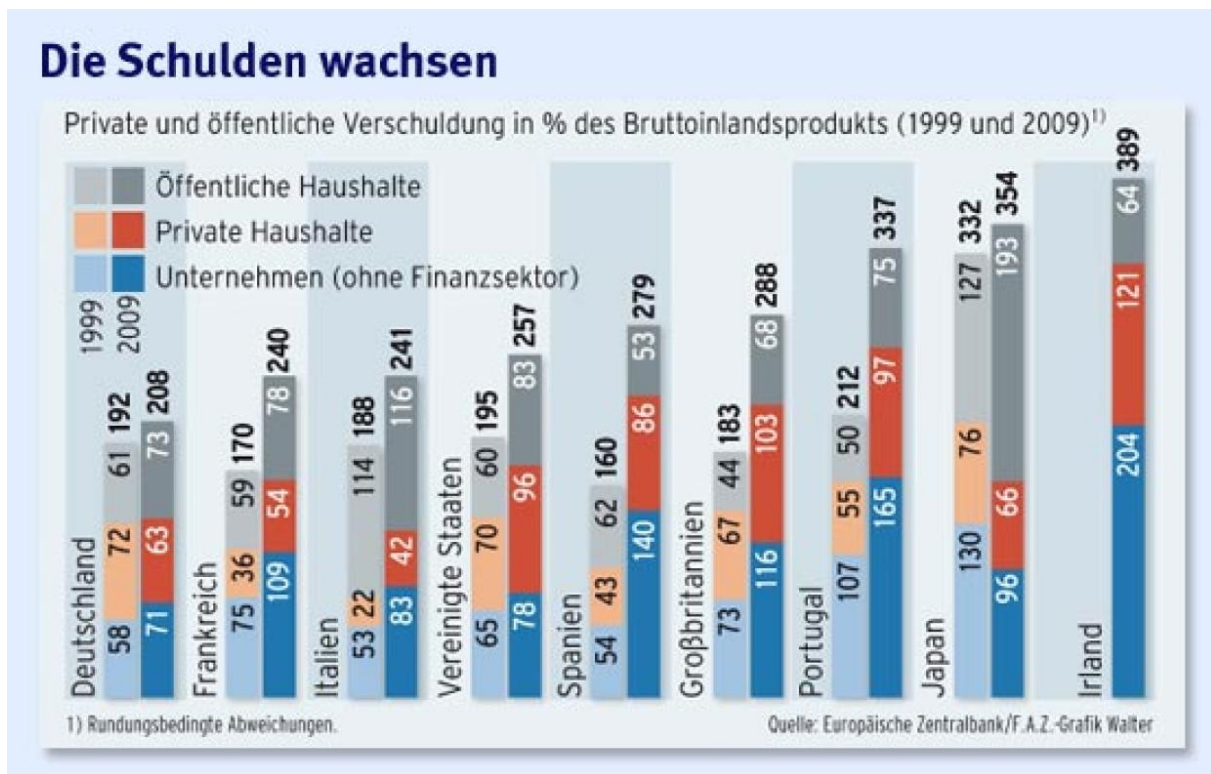
Quelle:

<https://www.n-tv.de/politik/Schulden-auf-Rekordniveau-article770150.html>

„Die Staatsschulden in Deutschland haben wegen der Wirtschaftskrise einen Rekordstand erreicht. Bund, Länder und Gemeinden standen Ende 2009 mit 1,69 Billionen Euro so tief in der Kreide wie noch nie. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr betrug 7,1 Prozent oder 112,7 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Dies war der zweitgrößte Schuldenzuwachs seit Bestehen der Bundesrepublik. Eine höhere absolute Steigerung der öffentlichen Schulden wurde nur 1995 mit 170,7 Milliarden Euro registriert, als es Sondereffekte aus der Wiedervereinigung gab.

Am stärksten wuchsen im vergangenen Jahr die Schulden der Länder. Ihr Schuldenstand lag Ende 2009 bei 526,3 Milliarden Euro. Das war ein Zuwachs von 8,5 Prozent (41,4 Milliarden Euro). Die Verluste der Landesbanken haben den Schuldenzuwachs maßgeblich beeinflusst - entweder durch die direkte Belastung der Landeshaushalte oder durch die Neugründung von Gesellschaften, die zur Risikoabschirmung der Landesbanken dienen.“

8.



Quelle:

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/debatte-staatsschulden-sind-gar-nicht-so-uebel-11079913.html>

„Europa verdankt seinen ökonomischen Erfolg auch den hohen Defiziten. Staaten und Bürger haben in der Geschichte lange Zeit gute Erfahrungen mit dem Pumpkapitalismus gemacht. Man darf es nur nicht übertreiben.“

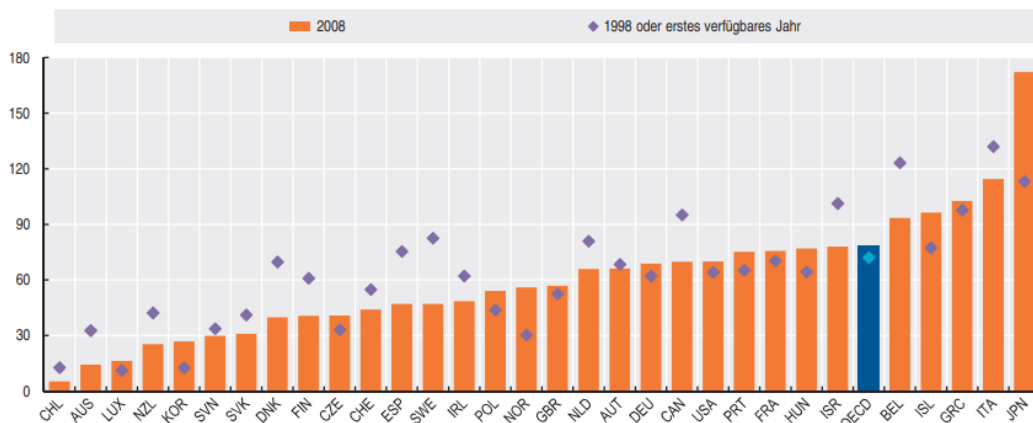
9.

Bruttoverbindlichkeiten des Sektors Staat
In Prozent des BIP

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	42.5	39.6	37.9	32.7	28.4	25.4	22.5	20.5	19.0	17.2	16.9	16.2	15.3	14.3
Belgien	135.4	133.4	128.0	123.2	119.6	113.8	112.0	108.4	103.4	98.5	95.9	91.6	88.1	93.5
Dänemark	79.3	76.6	72.1	69.7	64.1	57.1	55.0	55.4	53.6	50.1	42.4	38.3	31.6	38.8
Deutschland	55.7	58.8	60.3	62.2	61.5	60.4	59.7	62.1	65.3	68.7	71.1	69.2	65.3	68.8
Finnland	65.2	66.0	64.6	60.9	54.7	52.3	49.9	49.5	51.4	51.5	48.5	45.2	41.5	40.7
Frankreich	62.7	66.3	68.8	70.3	66.8	65.6	64.3	67.3	71.4	73.9	75.7	70.9	69.9	75.7
Griechenland	101.1	103.1	100.0	97.7	101.1	114.9	117.7	117.2	112.0	114.2	114.5	107.9	103.9	102.6
Irland	62.2	51.3	40.2	37.4	35.2	34.1	32.7	32.7	28.8	28.3	48.5
Island	77.3	73.6	72.9	75.0	72.0	71.0	64.5	52.6	57.5	53.6	96.3
Italien	122.5	128.9	130.3	132.0	125.8	121.0	120.2	119.4	116.8	117.3	119.9	117.1	112.5	114.4
Japan	86.2	93.8	100.5	113.2	127.0	135.4	143.7	152.3	158.0	165.5	175.3	172.1	167.1	172.1
Kanada	101.6	101.7	96.3	95.2	91.4	82.1	82.7	80.6	76.6	72.6	71.6	69.5	65.0	69.7
Korea	5.2	5.6	7.2	12.6	15.0	15.7	16.6	15.8	17.4	21.3	23.1	26.1	25.7	28.8
Luxemburg	9.5	10.1	10.2	11.2	10.0	9.2	8.2	8.4	7.9	8.6	7.6	11.3	10.9	16.3
Neuseeland	51.3	44.9	42.3	42.2	39.6	37.4	35.4	33.5	31.4	28.6	27.4	27.0	26.2	25.3
Niederlande	89.6	88.1	82.2	80.8	71.6	63.9	59.4	60.3	61.9	62.2	61.1	54.9	52.1	65.8
Norwegen	40.9	36.6	32.1	30.3	31.0	34.2	33.0	40.6	50.2	52.7	49.1	60.5	58.4	56.0
Österreich	69.5	70.3	66.7	68.5	71.2	71.1	72.1	73.2	71.3	70.8	70.8	66.4	62.2	66.2
Polen	51.6	51.4	48.3	43.8	46.6	45.4	43.8	55.0	55.3	54.6	54.7	55.1	51.7	54.0
Portugal	68.8	68.4	67.4	65.2	62.1	62.0	63.3	66.5	68.0	70.6	74.0	73.1	71.1	75.2
Schweden	81.0	84.4	83.2	82.5	73.7	64.7	63.3	60.8	60.0	60.1	60.7	53.6	47.9	47.1
Schweiz	47.7	50.1	52.1	54.9	51.9	52.5	51.3	57.2	57.0	57.9	56.4	50.3	47.2	44.0
Slowak. Rep.	38.2	37.7	39.0	41.1	53.5	57.5	57.0	50.1	48.2	46.9	38.4	33.8	32.2	30.8
Spanien	69.3	76.0	75.0	75.3	69.4	66.5	61.9	60.3	55.3	53.4	50.6	46.2	42.1	47.0
Tschech. Rep.	33.1	34.9	34.8	34.9	34.6	38.0	40.7
Ungarn	88.6	75.8	66.4	64.4	66.5	60.9	59.7	60.7	61.7	65.0	68.8	72.1	72.2	77.0
Ver. Königreich	51.6	51.2	52.0	52.5	47.4	45.1	40.4	40.8	41.2	43.5	46.1	45.9	46.9	56.8
Ver. Staaten	70.6	69.8	67.3	64.1	60.4	54.4	54.4	56.7	60.1	61.1	61.3	60.8	61.8	70.0
OECD insgesamt	69.6	71.5	71.6	72.0	71.2	68.3	68.5	70.5	72.6	74.3	75.9	74.6	73.1	78.4
Chile	17.8	15.1	13.2	12.7	13.9	13.8	15.1	15.7	13.0	10.7	7.3	5.3	4.1	5.2
Israel	102.4	100.6	99.9	101.3	95.3	85.1	89.9	97.6	99.9	98.2	94.2	85.7	79.4	78.0
Slowenien	33.7	34.8	34.2	35.0	33.9	33.8	30.0	29.8

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/826288620551>

Bruttoverbindlichkeiten des Sektors Staat
In Prozent des BIP



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/821711743838>

Quelle:

<https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/9789264087552-74-de.pdf?expires=1734614028&id=id&accname=guest&checksum=D5D8BA0383D9AE3398B6ECF6079C5B76> und <http://dx.doi.org/10.1787/826288620551>

10.

Erforschung der Ursachen der Staatsverschuldung



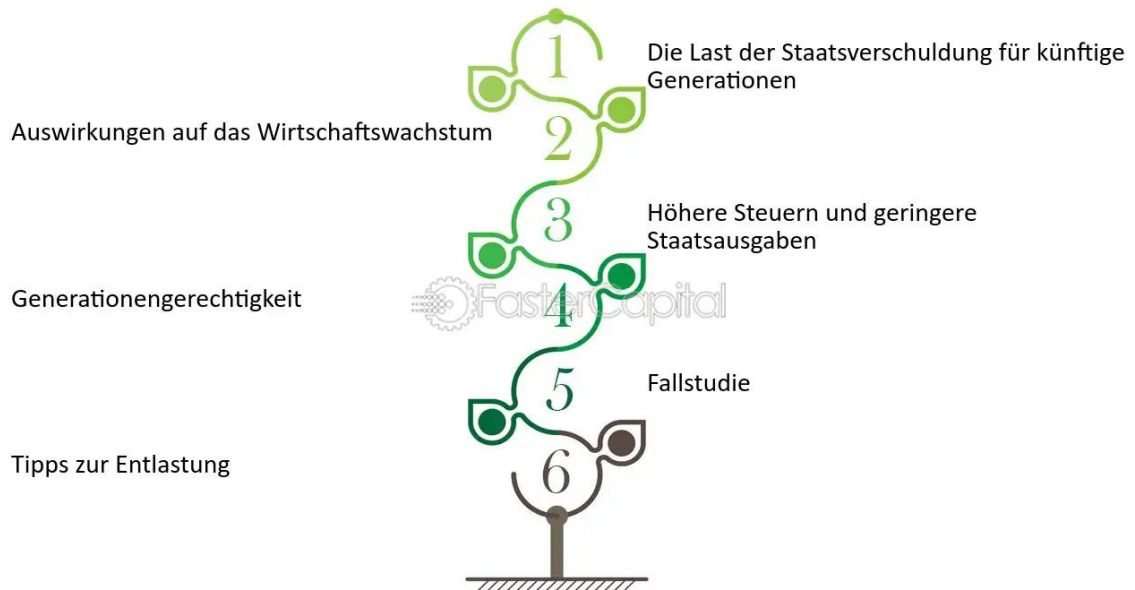
Quelle:

<https://fastercapital.com/de/inhalt/Staatsverschuldung--Haushaltsungleichgewicht-aufloesen--Die-Last-der-Staatsverschuldung.html>

„Eine der Hauptursachen für die Staatsverschuldung sind wirtschaftliche Abschwünge und Rezessionen. Wenn in einem Land ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zu verzeichnen ist, beispielsweise ein Rückgang des BIP-Wachstums oder ein Anstieg der Arbeitslosenquoten, ergreift die Regierung häufig Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Zu diesen Maßnahmen können erhöhte Staatsausgaben, Steuersenkungen und Subventionen gehören. Diese Maßnahmen können zwar kurzfristig eine Entlastung bewirken, führen jedoch häufig zu einem erheblichen Anstieg der Staatsverschuldung. Während der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 beispielsweise haben viele Länder, darunter auch die Vereinigten Staaten, erhebliche Schulden gemacht, um insolvente Banken zu retten und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.“

11.

Die Last der Staatsverschuldung für künftige Generationen



Quelle:

<https://fastercapital.com/de/inhalt/Staatsverschuldung--Haushaltsungleichgewicht-aufloesen--Die-Last-der-Staatsverschuldung.html>

„1. Die Last der Staatsverschuldung für künftige Generationen

Eine der dringendsten Sorgen im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung ist die Belastung, die sie künftigen Generationen auferlegt. Da Regierungen Schulden anhäufen, um verschiedene Programme und Initiativen zu finanzieren, liegt die Verantwortung für die Rückzahlung dieser Schulden oft auf den Schultern der nächsten Generation. Diese Belastung kann weitreichende Folgen für die wirtschaftliche Stabilität und das Wohlergehen künftiger Bürger haben.

2. Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum

Eine übermäßige Staatsverschuldung kann das Wirtschaftswachstum behindern und die Chancen künftiger Generationen einschränken. Wenn ein erheblicher Teil des Staatshaushalts für den Schuldendienst bereitgestellt wird, stehen weniger Ressourcen für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und andere Bereiche zur Verfügung, die für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Dies kann zu einer weniger wettbewerbsfähigen Belegschaft, geringerer Innovation und schlechteren Aufstiegschancen führen.“

Endnoten

¹ Die einzelnen Diagramme und Tabellen zu den Diagrammen nebst Quellennachweisen erhalten Sie in der Excel-Datei

http://www.kiwifo.de/Staatseinnahmen_und_Geldmenge.xlsm (In der Excel-Tabelle ist ein Makro integriert, das zur Umrechnung von DM in Euro dient).

² Das Bundesministerium der Finanzen erklärt: *"Die Staatsquote zeigt den Anteil der staatlichen Ausgaben an der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung auf. Die Quote besteht in dem Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Eine Quote von 50 Prozent bedeutet, dass die Hälfte der Wirtschaftsleistung durch die Hände des Staates fließt, z.B. für Personal, Investitionen, Militär, aber auch für Subventionen und Sozialleistungen."*

http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_4316/DE/BMF_Startseite/Service/Glossar/S/007_Staatsquote.html

Weiter heißt es dort: *"In Deutschland wird von vielen Wirtschaftswissenschaftlern gefordert, die Staatsquote zu senken, um mehr ökonomische Dynamik entfalten zu können. Eine zu hohe Staatsquote hemmt das Wachstum. Gewerkschaftsnahe Ökonomen fordern dagegen eine Orientierung an den skandinavischen Ländern, die trotz hoher Staatsquote ein dynamisches Wachstum aufwiesen."*

Ein Vergleich der Staatsquoten verschiedener Länder ist schwierig, da die Quoten Ausgaben für gleiche Ziele unterschiedlich widerspiegeln: So werden in Deutschland die Sozialsysteme zum großen Teil über Beiträge finanziert, d.h. die Steuerquote ist relativ niedrig. Dagegen werden die Sozialsysteme in den skandinavischen Ländern überwiegend über das Steuersystem getragen. In der Staatsquote der USA fehlen die Aufwendungen für die soziale Vorsorge fast ganz, da diese von den Bürgern zum größten Teil privat finanziert wird. Trotz unterschiedlicher Einschätzungen der Bedeutung der Steuerquote wird allgemein eine Senkung der Quote als positiv für das Wirtschaftswachstum eingeschätzt. Nachdem die Staatsquote in Deutschland 1996 mit fast 50 Prozent einen historischen Höchststand erreichte, konnte die Quote in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt werden."

³ Z. B.

<http://www.google.de/search?q=Staatsquote&hl=de&prmd=imvns&tbm=nws&cd=5>.

⁴ Siehe En. 2.

⁵ Einzelheiten dazu in **KIWIFO, Breitgeschichtete Massenkaufkraft – oder: Was heißt hier Mittelschicht?**, 2010,

http://kiwifo.de/html/breitgeschichtete_massenkaufkr.htm.

⁶ Erklärung der Bundesbank: *"Als Geldmenge bezeichnet man den volkswirtschaftlichen Bestand an Geld in den Händen von Nichtbanken. Wegen der Unschärfe des Geldbegriffs gibt es verschiedene definitorische Abgrenzungen von Geldmengen. Das Eurosystem unterscheidet drei Geldmengen: M1 (Sichtguthaben + Bargeld), M2 (M1 + kurzfristige Termin- und Spareinlagen) und M3 (M2 + kurzfristige Bankschuldverschreibungen + Geldmarktfondsanteile + Repogeschäfte)."*

http://www.bundesbank.de/bildung/bildung_glossar_g.php#geldmenge

Sichtguthaben sind täglich fällige Einlagen bei Kreditinstituten, also Guthaben auf Girokonten und Tagesgeldkonten (zahlbar bei Sicht = jederzeit).

⁷ Siehe En. 5.

⁸ Siehe En. 5.